



An ulliche wie z Beisp ist d Über verbr Fahrre grauschei weni Gefä Man diese die A der D Straß tagtä

## Bürger wollen Raser stoppen

Anwohner fordern Entschärfung der Gefahrensituation an der Dollerner Straße (L 125)

Von Catharina Meybohm

**GUDERHANDVIERTEL.** Immer wieder kommt es am Ortseingang Guderhandviertel durch überhöhte Geschwindigkeit und riskante Überholmanöver zu gefährlichen Situationen. Die Anwohner der Dollerner Straße fordern, dass die Verkehrssituation entschärft wird.

Drei Kilometer schnurgerade Straße zwischen der Autobahnabfahrt Dollern und der Kreuzung Bergfried/Neßstraße laden viele Verkehrsteilnehmer in Gu-

derhandviertel zum Rasen ein. In der Ortschaft kommt es zu waghalsigen Überholmanövern – insbesondere langsam fahrende Trecker werden dabei immer wieder in riskante Situationen verwickelt. Vor einigen Jahren wurde ein Treckerfahrer beim Linksabbiegen durch ein überholendes Fahrzeug erfasst.

Die Anwohner der Dollerner Straße (L 125) haben davon die Nase voll. Sie haben sich zusammengeschlossen und die Politiker der Samtgemeinde Lühe aufgefordert, sich gemeinsam mit der Kreisverwaltung und der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr dafür

einzusetzen, dass die Verkehrssituation in ihrem Ort entschärft wird.

Im Ausschuss für Feuerschutz und öffentliche Ordnung der Samtgemeinde Lühe wurde das Anliegen als Antrag auf die Tagesordnung genommen. Stellvertretend für 25 Anwohner ergriff Hartmut Fuchs das Wort: „Die Leute trauen sich nicht aus ihren Einfahrten herauszufahren. Manche vermeiden es sogar, links abzubiegen, weil die Ecke hier so bisant ist.“ Die Bürger wüssten, so Fuchs weiter, dass die Dollerner Straße eine Landesstraße ist und somit die Samtgemeinde Lühe nicht zuständig ist. „Aber uns ist es wichtig, dass der Ausschuss und der Rat sich dahinter stellen.“

Sämtliche Mitglieder des Fachausschusses sagten den Anwohnern ihre Unterstützung zu. Zudem wurde angeregt, bei der nächsten Verkehrsschau mit Nachdruck auf die Problematik zu verweisen. Der Ausschussvorsitzende Marco Hartlef (CDU) berichtete von seinen Erfahrungen als Bürgermeister von Guderhandviertel: „Der Gemeinderat hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder für das Thema eingesetzt. Doch es war schon ein Kampf, bis wir überhaupt das Dialog-Display bekommen haben.“

Die Anwohner der Dollerner Straße wünschen sich, dass wie an anderen Stellen im Landkreis Stade, auch bei ihnen Maßnahmen ergriffen werden: eine Tempobegrenzung auf 70 Stundenki-

lometer aus Richtung Dollern ab 200 Meter vor dem Ortsschild, Tempo 30 für Lkw, ein Überholverbot im Ortsbereich, Fahrbahnmarkierungen, die auf die erlaubte Geschwindigkeit hinweisen, eine Fahrbahnverengung nahe des Ortsschildes, regelmäßige Geschwindigkeitsmessungen oder das Aufstellen einer festen Messanlage. Für eine stationäre Messungsstation, also einen festen „Litzer“ gibt es keine aktuelle Empfehlung, so Kreisdezernent Nicole Streitz gegenüber dem TAGEBLATT. „Hierfür müsste eine Empfehlung der Unfallkommission der Polizei vorliegen“, so Streitz. Die Dollerner Straße werde von der Polizei derzeit nicht als Unfalldämpfungspunkt bewertet.

Die übrigen Forderungen der

Anwohner stehen aber noch auf dem Prüfstand. Hierfür soll es Mitte Juli eine Langzeit-Geschwindigkeitsmessung geben. Die aktuellen Werte sollen dann auch Aufschluss darüber geben, wie sich die Bauarbeiten an der L 140 in Jork auf den Verkehr in Guderhandviertel auswirken. „Anhand der neuen Statistik-Messung werden wir die Forderungen der Bürger bewerten“, so Streitz.



Für den Fahrer des Lkw galt bis zur Kreuzung an der Dollerner Brücke noch Tempo 30. Jetzt auf dem Weg in Richtung Autobahn gibt er Gas – und überholt den Trecker noch vor dem Ortseingang. Fotos Fuchs

## Politik greift Verkehrsdebatte neu auf

Der Politik der Samtgemeinde Lühe will die Debatte über die diversen Verkehrsproblematiken neu aufrollen. Zuletzt hatte die AfD-Fraktion das Thema auf die Tagesordnungen des Samtgemeinderats und des Ausschusses für öffentliche Ordnung gesetzt. Beispielsweise sei die Belastung durch den Durchgangsschwerlastverkehr nicht akzeptabel, die Samtgemeinde müsse „Druck auf die Kreisverwaltung“ ausüben, sagte Thomas Schack (AfD) in der vergangenen Ratssitzung. Seitens der anderen Fraktionen kam der Hinweis, dass die Kommune sich in der Vergangen-

heit immer wieder mit dem Thema befasst habe, jedoch sei der Anstoß, die Diskussion neu aufzunehmen, positiv. Gerd Grunwald (Grüne) regte schließlich an, die Bürgerinitiativen weiter in die Debatte einzubeziehen. „Wir müssen neu überlegen, wie wir weiter machen, welche Möglichkeiten wir haben und was wir anders machen können“, so Grunwald. Außerdem sollen die Mitgliedsgemeinden gefährliche Straßenabschnitte entlang der L 140 melden, an denen keine Fahrbahnmarkierung angebracht ist. Dies soll gesammelt an die Behörden weitergegeben werden.